

## **Präambel**

*Im Geiste der Gründungsversammlung aus dem Jahre 2023 und durch die Mitgliederversammlung beschlossen, gibt sich der Verein „Kindergarten am Sender e.V.“ folgende Satzung*

# **Satzung des Vereins „Kindergarten am Sender e.V.“**

## **§ 1 Name und Sitz sowie Geschäftsjahr**

1. Der Verein trägt den Namen „Kindergarten am Sender e.V.“.
2. Er hat seinen Sitz in Siegen.
3. Er ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht in Siegen eingetragen.
4. Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Januar eines Jahres und endet zum 31. Dezember des gleichen Kalenderjahres.

## **§ 2 Vereinszweck**

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige bzw. Wohlfahrtszwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Ziel und Zweck des Vereins ist die Förderung der Erziehung und Bildung von Kindern auf Grundlage der Menschenkunde Rudolf Steiners mithilfe der Unterhaltung und des Betriebs einer Kindertagesstätte. Darüber hinaus kann der Verein durch Einrichtung von Arbeitskreisen und Durchführung von Veranstaltungen die Weiterbildung von Erwachsenen fördern. Dabei sollen verschiedene Erkenntnisse der Pädagogik in die erzieherische Praxis eingebracht werden.
3. Die Grundsätze der pädagogischen Arbeit werden in einem Konzept von der Einrichtungsleitung und dem Kollegium festgelegt und sollen besonders die Identitätsentwicklung, das Sozialverhalten und die Kreativität der Kinder in der Gruppe fördern.

## **§ 3 Selbstlosigkeit**

1. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
2. Alle Beiträge, Einnahmen und Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
3. Die Mitglieder dürfen bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung des Vereins keine Anteile des Vereinsvermögens erhalten, soweit es sich nicht um verauslagte Beträge handelt, die im Interesse des Vereins verauslagt wurden und die entsprechend belegt werden müssen.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Mitglieder des Vereins erhalten grundsätzlich keine Vergütungen, außer bei Übernahme von Tätigkeiten, für die eine angemessene Vergütung vertraglich vereinbart ist.

## **§ 4 Mitgliedschaft**

1. Mitglied des Vereins können volljährige natürliche Personen, sowie juristische Personen werden.
2. Festangestellte volljährige Mitarbeiter der in der Trägerschaft des Vereins stehenden Einrichtungen (hauptamtliche Mitarbeiter), werden mit Unterzeichnung des Arbeitsvertrages Mitglied.
3. Darüber hinaus können auch fördernde Mitglieder zum Zwecke und zum Wohle des Vereins Mitglied werden.
4. Die Mitgliedschaft - mit Ausnahme nach Nr. 2 - erfolgt auf Antrag an den Aufsichtsrat.

## **§ 5 Aufnahme von Mitgliedern**

1. Aufnahmeanträge sind schriftlich dem Aufsichtsrat einzureichen.
2. Über den Antrag auf Aufnahme in den Verein entscheidet der Aufsichtsrat. Von einer Ablehnung wird der Antragsteller schriftlich in Kenntnis gesetzt. Einer Angabe von Gründen bedarf es nicht.

## **§ 6 Verlust der Mitgliedschaft**

1. Die Mitgliedschaft endet mit dem Tod, durch Austritt oder Ausschluss oder dem Erlöschen der juristischen Person. Die Funktionen und satzungsmäßigen Rechte erlöschen damit.
2. In anderen Fällen kann der Austritt aus dem Verein, unter Wahrung einer dreimonatigen Kündigungsfrist, zum Ende eines Kalenderjahres erfolgen. Die Kündigung muss an den Aufsichtsrat gerichtet sein. Ausnahmen von dieser Regelung kann, bei Vorliegen einer besonderen Härte, der Aufsichtsrat beschließen. Die Mitgliedschaft nach § 4 Abs. 2 erlischt automatisch mit Beendigung des Arbeitsvertrags.
3. Die Mitgliedschaft der fördernden Mitglieder kann durch einfache Mehrheit auf Beschluss durch eine Mitgliederversammlung aufgelöst werden.
4. Der Ausschluss eines Mitglieds kann erfolgen,
  1. wenn das Mitglied trotz Mahnung mit dem Beitrag 3 Monate im Rückstand bleibt,
  2. bei unehrenhaftem Verhalten, das Ansehen des Vereins schädigenden oder beeinträchtigenden Handlungen.
  3. wenn das Mitglied gegen die Satzung, die Ziele und Zwecke des Vereins oder dessen Interessen grob verstoßen hat.

Der Ausschluss eines Mitgliedes nach § 6 Abs. 4 Nr. 2 und Nr. 3 ist auf Antrag des Vorstands oder des Aufsichtsrates von der folgenden Mitgliederversammlung mit mindestens der Hälfte der anwesenden Vereinsmitglieder zu beschließen. Dem Mitglied muss vor der Beschlussfassung in der betreffenden Mitgliederversammlung Gelegenheit gegeben werden, eine Rechtfertigung bzw. Stellungnahme abzugeben. Für die Zeit zwischen dem Antrag und der folgenden Mitgliederversammlung ruhen die Mitgliedschaft und die mit ihr in Verbindung stehenden Ämter. Über den Ausschluss nach § 6 Abs. 4 Nr. 1 entscheidet der Vorstand.

## **§ 7 Beiträge (Mitgliederpflichten)**

1. Die Mitglieder zahlen Beiträge nach Maßgabe eines Beschlusses der Mitgliederversammlung. Zur Festlegung der Beitragshöhe ist eine Zweidrittelmehrheit der in der Mitgliederversammlung anwesenden, stimmberechtigten Vereinsmitglieder erforderlich.

## **§ 8 Vereinsorgane**

1. Organe des Vereins sind:
  - o Der hauptamtliche geschäftsführende Vorstand
  - o Der Aufsichtsrat
  - o Die Mitgliederversammlung

## **§ 9 Vorstand**

1. Der Vorstand besteht aus mindestens einer Person.
2. Der Verein wird durch den Vorstand gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, vertreten immer zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam den Verein.
3. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung vorgeschlagen und vom Aufsichtsrat für die Dauer von vier Jahren gewählt. Wählbar sind alle natürlichen Personen. Der Vorstand wird im Einzelwahlverfahren gewählt. Für das Wahlverfahren gilt § 10 Absatz 4. Eine vorzeitige Abwahl oder Wiederwahl des Vorstands ist möglich.
4. Der jeweils amtierende Vorstand bleibt nach Ablauf seiner Amtszeit solange im Amt, bis sein Nachfolger gewählt ist.
5. Dem Vorstand obliegt die Führung der laufenden Geschäfte des Vereins nach Maßgabe der Regelungen einer Geschäftsordnung für den Vorstand. Im Übrigen ergeben sich die Rechte und Pflichten aus dem Gesetz, der Satzung, der Geschäftsordnung, dem Anstellungsvertrag und den Beschlüssen der Mitgliederversammlung, sowie des Aufsichtsrates.
6. Der Vorstand übernimmt insbesondere folgende Tätigkeiten: Geschäftsführung des Vereins „Kindergarten am Sender e.V.“, Abschluss und Kündigung von Arbeitsverträgen, Erteilung von Abmahnungen, Aufstellen einer allgemeingültigen Dienstordnung, Erlass besonderer Dienstanweisungen für die MitarbeiterInnen des Vereins, Führung der Vereins- und Betriebskonten. Der Vorstand entscheidet in allen Fragen, die nicht unter die Befugnisse der Mitgliederversammlung bzw. des Aufsichtsrates fallen. Vor Entscheidungen über organisatorische, personelle oder bauliche Angelegenheiten, die die Einrichtung betreffen, ist der Aufsichtsrat anzuhören. Diesbezügliche Beschlüsse sollen möglichst einstimmig erfolgen.
7. Der Vorstand kann Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts-, oder Finanzbehörden aus formalen Gründen verlangt werden, von sich aus vornehmen. Diese Satzungsänderungen müssen allen Vereinsmitgliedern unverzüglich schriftlich mitgeteilt werden.
8. Der Aufsichtsrat gibt dem Vorstand eine Geschäftsordnung.
9. Der hauptamtliche Vorstand hat Anspruch auf eine, seiner Tätigkeit angemessene, Vergütung.

10. Die Vorstandsmitglieder haften nur bei vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Sorgfaltspflichtverletzungen; im Falle einer Inanspruchnahme durch Dritte haben sie insoweit einen Freistellungsanspruch gegen den Verein.

## **§ 10 Aufsichtsrat**

1. Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Personen (ungerade Zahl).
2. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für die Dauer von zwei Jahren nach § 11 Absatz 5 von der Mitgliederversammlung gewählt.
3. Der Aufsichtsrat wählt aus dem Kreis seiner Mitglieder einen Vorsitzende/n für eine Amtszeit von zwei Jahren.
4. Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit Zweidrittelmehrheit. Enthaltungen oder ungültige Stimmabgaben werden dabei nicht gewertet. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
5. Im Falle eines Ausscheidens eines Aufsichtsratsmitgliedes können die verbliebenen Mitglieder bis zur nächsten Mitgliederversammlung ein Ersatzmitglied berufen.
6. Zu den Aufgaben des Aufsichtsrates gehören insbesondere: die Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung, Bestimmung und Abberufung des Vorstands, die Überwachung der Tätigkeit des Vorstandes, Entscheidungen über Beschwerden, die gegen den Vorstand erhoben werden, Genehmigung der Vergütung (Höhe) des Vorstands und dessen Geschäftsordnung, Empfehlungen an die Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss, Überwachung der Einhaltung der in der Satzung formulierten Aufgaben des Vereins. Genaue Regelungen finden sich in der von Aufsichtsrat und Vorstand beschlossenen Geschäftsordnung.
7. Der Aufsichtsrat kann die Bücher und Schriften des Vereins, sowie die Vermögensgegenstände, namentlich die Vereinskasse und Waren, einsehen und prüfen. Er kann damit auch einzelne Mitglieder oder für bestimmte Aufgaben besondere Sachverständige beauftragen.
8. Aufgaben des Vorstands können dem Aufsichtsrat nicht übertragen werden.
9. Die Aufsichtsratsmitglieder können ihre Aufgabe nicht durch andere wahrnehmen lassen.
10. Bei Verträgen des Vorstands mit dem Verein vertritt der Aufsichtsrat den Verein gegenüber dem Vorstand durch zwei Aufsichtsratsmitglieder gemeinsam, die an die Weisungen des Aufsichtsrates gebunden sind.
11. Die Aufsichtsratsmitglieder haften nur bei vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Sorgfaltspflichtverletzungen; im Falle einer Inanspruchnahme durch Dritte haben sie insoweit einen Freistellungsanspruch gegen den Verein.
12. Die Mitgliederversammlung gibt dem Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung.

## **§ 11 Mitgliederversammlung**

1. Oberstes Beschluss fassendes Organ ist die Mitgliederversammlung. Sie ist mindestens einmal im Jahr einzuberufen. Als Jahr gilt das Geschäftsjahr.

2. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder die Einberufung von mindestens einem Drittel der Vereinsmitglieder schriftlich unter Angabe des Grundes verlangt wird.
3. Die Einberufung zu einer Mitgliederversammlung erfolgt schriftlich unter Wahrung einer Frist von mindestens zwei Wochen bei gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung durch den Aufsichtsrat. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Abgabe der Einladungsunterlagen bei der Post. Jede satzungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung wird als beschlussfähig anerkannt, ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vereinsmitglieder. Eine Stimmabgabe in Vertretung nicht erschienenen Mitglieder ist nicht zulässig.
4. Die Mitgliederversammlung wählt aus ihrer Mitte jeweils einen Versammlungsleiter und einen Protokollführer. Der Protokollführer hält den Verlauf der Versammlung schriftlich fest und fertigt insbesondere über die Beschlüsse der Versammlung eine Niederschrift.
5. Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der bei der Abstimmung anwesenden, stimmberechtigten Vereinsmitglieder, sofern diese Satzung nichts anderes bestimmt. Enthaltungen oder ungültige Stimmabgaben werden dabei nicht gewertet. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
6. Der Mitgliederversammlung ist der Finanzbericht des letzten abgelaufenen Geschäftsjahres vorzulegen. Mindestens zwei Mitglieder des Aufsichtsrats prüfen vor der Mitgliederversammlung den Jahresabschluss und erstatten in der Versammlung Bericht. Auf Antrag des Aufsichtsrates ist dem Vorstand durch die Mitgliederversammlung Entlastung zu erteilen.
7. Die Mitgliederversammlung entscheidet daneben auch über:
  - a. Wahl des Aufsichtsrates oder dessen Abwahl;
  - b. Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat
  - c. Verlust der Mitgliedschaft;
  - d. Höhe der Mitgliedsbeiträge;
  - e. Aufgaben des Vereins;
  - f. Satzungsänderungen (Ausnahme: § 9 Abs. 7 );
  - g. Auflösung des Vereins.
8. Über Satzungsänderungen kann in der Mitgliederversammlung nur abgestimmt werden, wenn auf diesen Tagesordnungspunkt bereits in der Einladung zur Mitgliederversammlung hingewiesen wurde. Der Beschluss über eine Satzungsänderung bedarf der Zweidrittelmehrheit der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder.

## **§ 11 Beurkundung von Beschlüssen**

1. Die in den Mitgliederversammlungen gefassten Beschlüsse sind schriftlich niederzulegen und von dem jeweiligen Versammlungsleiter, dem Protokollführer sowie dem Vorstand, zu unterzeichnen.
2. Beschlüsse des Aufsichtsrates sind zu protokollieren

## **§ 12 Auflösung des Vereins und Vermögensbildung**

1. Für den Beschluss, den Verein aufzulösen, ist eine Zweidrittelmehrheit der in der Mitgliederversammlung anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder

erforderlich. Der Beschluss kann nur nach rechtzeitiger Ankündigung in der Einladung zur Mitgliederversammlung gefasst werden.

2. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall seines steuerbegünstigten Zwecks, fällt das gesamte Vermögen des Vereins an den „deutschen Kinderhospizverein e.V.“ in Olpe. Der Empfänger hat das Vermögen ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige bzw. mildtätige Wohlfahrtszwecke zu verwenden.
3. Wird mit der Auflösung des Vereins nur eine Änderung der Rechtsform oder eine Verschmelzung mit einem gleichartigen Verein angestrebt, so dass die unmittelbare und ausschließliche Verfolgung des bisherigen Vereinszwecks durch den neuen Rechtsträger weiterhin gewährleistet wird, geht das Vereinsvermögen auf den neuen Rechtsträger über.
4. Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vereinsvermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

#### Inkrafttreten der Satzung

Die vorstehende Satzung erlangt mit der Eintragung ins Vereinsregister des Amtsgerichts Siegen Gültigkeit

Siegen, den 04.05.2023